

## Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 1584  
der Abgeordneten Ursula Nonnemacher  
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 5/4036

### Bundesfreiwilligendienst und Hartz IV

Wortlaut der Kleinen Anfrage 1584 vom 15.09.2011:

Im Mai 2011 waren 556 Zivildienstleistende in Brandenburg tätig. Im Juli 2011 startete der Bundesfreiwilligendienst (BFD). Er tritt an die Stelle des Zivildienstes und ergänzt das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) und das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ). Der BFD steht Frauen und Männern jeden Alters nach der Schulpflicht offen, gezielt sollen SeniorInnen angesprochen werden. Ein BFD-Einsatz dauert in der Regel 12, mindestens sechs und höchstens 24 Monate. Wie der Zivildienst soll auch der BFD arbeitsmarktneutral sein, hauptamtliche Arbeitskräfte dürfen nicht ersetzt werden. Freiwillige erhalten ein monatliches Taschengeld von bis zu 330 Euro, plus Verpflegung, Dienstkleidung sowie die Unterkunft. Auch ALG II Beziehende können am Bundesfreiwilligendienst teilnehmen. Eine Hartz IV beziehende TeilnehmerIn am BFD kann vom Taschengeld 60 Euro als nicht anrechenbaren Zuverdienst auf Hartz IV Leistungen behalten, d. h. dieser Betrag wird nicht auf das ALG II angerechnet. Momentan fehlen bundesweit ca. 12.000 HelferInnen im Pflege- und Sozialbereich aufgrund des Wegfalls der Zivildienstleistenden. Lt. Initiative der Sozialexperten der CDU/CSU Bundestagsfraktion soll zukünftig die Motivation von ALG II BezieherInnen gestärkt werden, die fehlenden BFD-Freiwilligen zu ersetzen. Im Gespräch ist ein höherer Freibetrag (175,00 Euro), der nicht auf den Hartz IV Bezug angerechnet werden würde, als Anreiz um die Lücke der fehlenden Zivildienstleistenden seit dem Wegfall der Wehrpflicht auszugleichen.

Deshalb frage ich die Landesregierung:

1. Wie viele Stellen des BFD sind in Brandenburg unbesetzt?
2. Wie viele Freiwillige haben sich in Brandenburg für welche BFD-Bereiche gemeldet? (Bitte nach FÖJ und FSJ aufteilen!)
3. Haben sich Hartz-IV-BezieherInnen zum BFD gemeldet? Wenn ja, wie viele?
4. Welche rechtlichen und finanziellen Auswirkungen ergeben sich für diese Hartz-IV-BezieherInnen?
5. Welche rechtlichen und finanziellen Implikationen ergeben sich für Hartz-IV-BezieherInnen, wenn sie Mitglied einer Bedarfsgemeinschaft sind?
6. Wie wirkt sich der BFD-Hartz-IV-Freiwilligendienst auf den Bezug des Kindergeldes für Hartz-IV-BezieherInnen aus?
7. Wie positioniert sich die Landesregierung zum Vorschlag der Sozialexperten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Erhöhung des Freibetrags von 60,- Euro auf 175,-Euro?
8. Wie schätzt die Landesregierung die Umsetzungschancen dieses Vorschlags ein?

Datum des Eingangs: 18.10.2011 / Ausgegeben: 24.10.2011

9. Wie bewertet die Landesregierung die Konkurrenz der verschiedenen Träger um die Hartz-IV-BezieherInnen und den Einbezug der Hartz-IV-BezieherInnen in Arbeitsbereiche des BFD?

10. Wie bewertet die Landesregierung den Einbezug der Hartz-IV-BezieherInnen in den BFD vor dem Hintergrund, dass Hartz-IV-BezieherInnen über den ÖBS in der ersten Arbeitsmarkt integriert sowie Qualifikation vermittelt bekommen sollten?

**Namens der Landesregierung beantwortet der Minister für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie die Kleine Anfrage wie folgt:**

Frage 1: Wie viele Stellen des BFD sind in Brandenburg unbesetzt?

Frage 2: Wie viele Freiwillige haben sich in Brandenburg für welche BFD-Bereiche gemeldet? (Bitte nach FÖJ und FSJ aufteilen!)

Frage 3: Haben sich Hartz-IV-BezieherInnen zum BFD gemeldet? Wenn ja, wie viele?

zu Frage 1 bis 3: Die Anerkennung und Besetzung der Stellen im Bundesfreiwilligendienst (BFD) erfolgt durch das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA). Nach Mitteilung des BAFzA wurden seit dem Start des neuen BFD am 01.07.2011 bundesweit bereits 8.500 Verträge mit Bundesfreiwilligen geschlossen (Stand 05.09.2011). Nach Auskunft des BAFzA befindet sich der entsprechende Datenbestand noch im Aufbau, so dass die derzeit vorliegenden bundesweiten Zahlen noch nicht auf Ebene der Bundesländer aufgeschlüsselt und daher die erfragten Daten, auch zur Anzahl von Hartz-VI-BezieherInnen, die sich zum BFD gemeldet haben, nicht bereitgestellt werden können.

Frage 4: Welche rechtlichen und finanziellen Auswirkungen ergeben sich für diese Hartz-IV-BezieherInnen?

Frage 5: Welche rechtlichen und finanziellen Implikationen ergeben sich für Hartz-IV-BezieherInnen, wenn sie Mitglied einer Bedarfsgemeinschaft sind?

zu Frage 4 und 5: Die Fragen 4 und 5 werden gemeinsam beantwortet. Erwerbsfähige leistungsberechtigte Personen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) können am BFD teilnehmen. Die Teilnahme am BFD ist als wichtiger Grund im Sinne von § 10 Absatz 1 Nummer 5 SGB II anzusehen (siehe auch die Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Hermann Kues vom 29. Juli 2011 auf die entsprechende Anfrage der Abgeordneten Katja Kipping (DIE LINKE), BT-Drs. 17/6712), so dass erwerbsfähigen Leistungsberechtigten während der Teilnahme am BFD eine Arbeit oder Maßnahme zur Eingliederung in Arbeit nicht zumutbar ist. Sie können also während des BFD nicht verpflichtet werden, eine Arbeit oder Eingliederungsmaßnahme anzutreten. Auch wenn eine erwerbsfähige leistungsberechtigte Person als Alleinstehende/r oder Teil einer Bedarfsgemeinschaft Sach- oder Geldleistungen nach dem BFDG erhält, gilt der Grundsatz, dass bei der Bedürftigkeitsprüfung nach dem SGB II Einkommen und Vermögen der antragstellenden Person und der mit ihr in Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen zu berücksichtigen sind. Verfügt ein Mitglied der Bedarfsgemeinschaft über mehr Einkommen oder Vermögen, als es zur Deckung seines individuellen Bedarfs benötigt, wird das darüber hinausgehende Einkommen oder Vermögen bei den anderen Bedarfsgemeinschaftsmitgliedern berücksichtigt. Lediglich Einkommen und Vermögen zur Bedarfsgemeinschaft gehörender Kinder wird - mit Ausnahme des den Bedarf des Kindes übersteigenden Kindergeldes - nicht auf den Bedarf der Eltern angerechnet. Von der Einkommensanrechnung ist ein monatlicher Betrag in Höhe von 60 Euro des Taschengeldes nach BFDG aus-

genommen. Darüber hinausgehende Taschengeldebeträge sind dagegen als Einkommen anzurechnen und - bereinigt um die Versicherungspauschale für angemessene private Versicherungen in Höhe von 30 Euro und, soweit vorhanden, Beiträge zu gesetzlich vorgeschriebenen Versicherungen, geförderte Altersvorsorgebeiträge und die mit der Erzielung des Einkommens verbundenen notwendigen Ausgaben - in die Leistungsberechnung nach dem SGB II einzustellen. Wird von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, im Rahmen einer Taschengeldregelung einen Teil des Taschengeldes als Sachleistung zu erbringen, ist diese grundsätzlich mit ihrem Verkehrswert als Einkommen anzusetzen. Im Rahmen des BFD zur Verfügung gestellte unentgeltliche Verpflegung ist mit einem maximal berücksichtigungsfähigen Betrag von täglich 1 Prozent der maßgebenden Regelleistung auf die Leistungen nach dem SGB II anzurechnen. Für den Fall, dass erwerbsfähigen leistungsberechtigten Personen im Rahmen ihres BFD eine unentgeltliche Unterkunft zur Verfügung gestellt wird, besteht insoweit kein Unterkunftsbedarf dieser Person, so dass für sie keine Kosten für Unterkunft und Heizung erbracht werden können. Erhält eine erwerbsfähige leistungsberechtigte Person über das BFDG einen Zuschuss zu den Unterkunftskosten, mindert dieser die übernahmefähigen Kosten für Unterkunft und Heizung für diese Person.

Frage 6: Wie wirkt sich der BFD-Hartz-IV-Freiwilligendienst auf den Bezug des Kindergeldes für Hartz-IV-BezieherInnen aus?

zu Frage 6: Wenn Bezieher von SGB II-Leistungen im BFD tätig sind und Kindergeld erhalten, wird auch das Kindergeld nach den bei der Bedarfsberechnung im SGB II gelten Regelungen berücksichtigt. Insoweit wird auf die Ausführungen zu Frage 4 und 5 verwiesen.

Frage 7: Wie positioniert sich die Landesregierung zum Vorschlag der Sozialexperten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Erhöhung des Freibetrags von 60,-- Euro auf 175,--Euro?

zu Frage 7: Da eine konkret formulierte Initiative noch nicht vorliegt, ist eine konkretisierte Stellungnahme nicht möglich.

Frage 8: Wie schätzt die Landesregierung die Umsetzungschancen dieses Vorschlags ein?

zu Frage 8: Es wird auf die Antwort zu Frage 7 verwiesen.

Frage 9: Wie bewertet die Landesregierung die Konkurrenz der verschiedenen Träger um die Hartz-IV-BezieherInnen und den Einbezug der Hartz-IV-BezieherInnen in Arbeitsbereiche des BFD?

zu Frage 9: Mit dem BFD erhalten auch erwerbsfähige leistungsberechtigte Personen unabhängig von Alter und Geschlecht die Möglichkeit, Kompetenzen zu erwerben, vorhandene Kompetenzen zu erweitern und Arbeitsvermögen und Beschäftigungsfähigkeit zu erproben. Allerdings stellt der BFD kein arbeitsmarktpolitisches Eingliederungsinstrument dar und verfolgt nicht dieselben Zielrichtungen wie arbeitsmarktpolitische Eingliederungsinstrumente, so dass eine Konkurrenz im vorbeschriebenen Sinne nicht gesehen wird.

Frage 10: Wie bewertet die Landesregierung den Einbezug der Hartz-IV-BezieherInnen in den BFD vor dem Hintergrund, dass Hartz-IV-BezieherInnen über den ÖBS in der ersten Arbeitsmarkt integriert sowie Qualifikation vermittelt bekommen sollten?

zu Frage 10: Soweit mit ÖBS das Landesprogramm „Arbeit für Brandenburg“ sowie vergleichbare Ansätze öffentlich geförderter Beschäftigung gemeint sind, muss angemerkt werden, dass deren vorrangige Aufgabe regelmäßig nicht die direkte Integration in reguläre Beschäftigung ist. Vielmehr gilt es, durch die öffentlich geförderte Beschäftigung die Beschäftigungsfähigkeit der Teilnehmenden zu erhalten und zu verbessern sowie einen Beitrag zur individuellen Kompetenzentwicklung zu leisten. Öffentlich geförderte Beschäftigung ist somit ein Baustein im Rahmen einer individuellen Integrationsstrategie. Es ist grundsätzlich denkbar, dass diese Funktion auch eine Tätigkeit im BFD übernehmen kann, zumal für den Freiwilligendienst fachliche Anleitung und pädagogische Begleitung vorgesehen sind. Idealerweise sollten sich dann insbesondere die erwerbsfähigen leistungsberechtigten Personen im BFD engagieren, die in absehbarer Zeit voraussichtlich nicht in reguläre Beschäftigung integriert werden können, d.h. die der Zielgruppe für öffentlich geförderte Beschäftigung entsprechen. Da der BFD jedoch kein arbeitsmarktpolitisches Instrument ist, wird die zielgerichtete Anwendung als Baustein einer Integrationsstrategie in der Regel nicht in Betracht kommen.